

Freunde Israels, boykottiert diesen Staat!

Daniel Boyarin

20.03.201

Gegen die israelische Politik der Apartheid aufzubegehren, ist nicht antisemitisch, sondern stellt die höchste Form der Loyalität dar. Der Gastbeitrag.

Seit ich hier in Deutschland bin, im ersten Jahr als „Fellow“ am Max-Weber-Kolleg und jetzt als Humboldt-Preisträger an der FU Berlin, ist mir folgendes bewusst geworden: Mehr noch als in den USA, werden die Unterstützer der „BDS“-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions – Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) in Deutschland zu Antisemiten gestempelt, und ihr Vorgehen wird mit dem berüchtigten NS-Boykott jüdischer Geschäfte in den 1930er Jahren verglichen, um nicht zu sagen gleichgesetzt.

Ich bitte um Differenzierung.

Erlauben Sie mir, mich kurz vorzustellen. Ich bin Taubmann-Professor für Talmudische Kultur an der Universität von Kalifornien in Berkeley. Ich habe mein Leben dem Studium und der Lehre der jüdischen Klassiker verschrieben, sowohl in meiner Position an der Universität als auch mit Auftritten in Synagogen und anderen öffentlichen Orten. Nichts Jüdisches ist mir fremd, obwohl ich intellektuell und moralisch einer Reihe von Aspekten des historischen und zeitgenössischen Judentums kritisch gegenüberstehe, genau wie dem politischen und moralischen Verhalten des Staates Israel in der heutigen Zeit.

Vielleicht lässt diese kritische Haltung mich in den Augen mancher Deutscher als Antisemit dastehen – aber doch nicht, so hoffe und vertraue ich, in den Augen der meisten.

Das besagte Verhalten Israels hat in der jüngsten Zeit so ungeheuerliche Ausmaße angenommen, dass ich mich zu deutlich vernehmbarem Protest veranlasst sehe – Protest um der Gerechtigkeit willen, und zwar jener Gerechtigkeit, die zu verfolgen mich die Torah auffordert.

In der Tat hat mich die Zerschlagung der Rechte beider palästinensischer Bevölkerungsteile – der „arabischen“ Bürger Israels und der Bewohner der von Israel besetzten Palästinensergebiete – davon überzeugt: Ein machtvoller, aber nicht gewaltsamer Widerstand tut Not. Ausgerufen wird er von überall auf der Welt, von den Palästinensern selbst, von moralisch wachsamem Beobachtern außerhalb der beteiligten Bevölkerungsgruppen und nicht zuletzt – ja, keinesfalls zuletzt – von Juden innerhalb wie außerhalb Israels, denen zutiefst am Schicksal des

jüdischen Volks und seinem moralischen Ansehen in der Welt liegt.

Wir können ebensowenig stillsitzen und das autoritäre, rassistische und militaristische Verhalten dieser Regierung zulassen, die uns zu repräsentieren beansprucht, wie Deutsche guten Willens untätig dabeisitzen können, wo die AfD nach der Macht greift, wo ihr unterdrückerisches, gewalttätiges Treiben gegen Flüchtlinge und andere sogenannte Nicht-Deutsche in Deutschland anhebt.

Dagegen aufzubegehren, ist keine Illoyalität gegenüber dem eigenen Volk, sondern vielmehr die höchste Form von Loyalität. Ich bin um keinen Deut mehr ein Antisemit, als ein deutscher AfD-Gegendemonstrant ein Volksverräter ist.

An diesem Punkt angelangt und aus dieser Warte betrachtet, erscheint wirtschaftlicher Druck als effektivste Form der Einflussnahme auf den unterdrückerischen, gewalttätigen Staat Israel. Ein solches Vorgehen ist moralisch und politisch analog zu den Boykotten gegen das Apartheid-Regime in Südafrika, die zu dessen Ende beigetragen haben.

Am Bündnis der Unterstützer eines solchen Boykotts gegen das Apartheid-Regime in Israel beteiligen sich viele, die weder Palästinenser noch Juden sind. In ihrer weit überwiegenden Mehrheit handelt es sich um Menschen guten Willens, die an vielen Fronten für Gerechtigkeit kämpfen – die Gerechtigkeit für das palästinensische Volk eingeschlossen.

Dieser Kampf um keinen Deut mehr ein antisemitischer Kampf, als der Boykott gegen Südafrika ein anti-holländischer war oder als Boykotte gegen das kommunistische China oder Putins Russland für einen anti-asiatischen oder antislawischen Rassismus stehen.

Bitte, ihr Deutschen, denkt darüber nach! Wie erweist ihr euch als wahre Freunde des jüdischen Volkes? Etwa, indem ihr unsere AfD unterstützt? Oder indem ihr die gelten lasst und unterstützt, die für eine demokratische und gerechte Zukunft kämpfen? Eine Zukunft für die Juden und für die Palästinenser in Palästina.

Aus dem Englischen von Joachim Frank.

Frankfurter Rundschau

<http://bit.ly/2nfHIxD>